

351858-2024 - Wettbewerb

Deutschland – Bauarbeiten für Schulgebäude – Generalunternehmerleistungen (Planung ab LPH 5 HOAI und Bau) für den Neubau der Theodor-König-Gesamtschule (TKG), Heinrich-Heine-Gesamtschule (HHG), Gottfried-Wilhelm-Leibniz Gesamtschule (GWL)

OJ S 115/2024 14/06/2024

Auftrags- oder Konzessionsbekanntmachung – Standardregelung
Bauleistungen

1. Beschaffer

1.1. Beschaffer

Offizielle Bezeichnung: SD Schulbaugesellschaft Duisburg mbH

E-Mail: info@sd-duisburg.de

Rechtsform des Erwerbers: Von einer regionalen Gebietskörperschaft kontrolliertes öffentliches Unternehmen

Tätigkeit des öffentlichen Auftraggebers: Wohnungswesen und kommunale Einrichtungen

2. Verfahren

2.1. Verfahren

Titel: Generalunternehmerleistungen (Planung ab LPH 5 HOAI und Bau) für den Neubau der Theodor-König-Gesamtschule (TKG), Heinrich-Heine-Gesamtschule (HHG), Gottfried-Wilhelm-Leibniz Gesamtschule (GWL)

Beschreibung: Der zu vergebende Auftrag beinhaltet Planungs- und Bauleistungen als Generalunternehmer zur schlüsselfertigen Errichtung der Erweiterungsneubauten der Theodor-König-Gesamtschule in 47139 Duisburg, der Heinrich-Heine-Gesamtschule in 47228 Duisburg und der Gottfried-Wilhelm-Leibniz-Gesamtschule in 47116 Duisburg.

Kennung des Verfahrens: cc56a70e-9996-4de3-95ef-0e72cac1a734

Interne Kennung: TKG/HHG/GWL_GU

Verfahrensart: Verhandlungsverfahren mit vorheriger Veröffentlichung eines Aufrufs zum Wettbewerb/Verhandlungsverfahren

Das Verfahren wird beschleunigt: nein

2.1.1. Zweck

Art des Auftrags: Bauleistungen

Haupteinstufung (cpv): 45214200 Bauarbeiten für Schulgebäude

Zusätzliche Einstufung (cpv): 71240000 Dienstleistungen von Architektur- und Ingenieurbüros sowie planungsbezogene Leistungen, 45210000 Bauleistungen im Hochbau, 45212225 Bau von Sporthallen

2.1.2. Erfüllungsort

Stadt: Duisburg

Land, Gliederung (NUTS): Duisburg, Kreisfreie Stadt (DEA12)

Land: Deutschland

Ort im betreffenden Land

2.1.4. Allgemeine Informationen

Zusätzliche Informationen: Bekanntmachungs-ID: CXP4YVCHSNY Objektive Kriterien für die Auswahl der begrenzten Zahl von Bewerbern: Der Auftraggeber wird zur Auswahl der

Bewerber bzw. Bewerbergemeinschaften in 3 Stufen vorgehen: 1) Formelle Prüfung des Teilnahmeantrags, 2) Überprüfung der Eignung des Bewerbers bzw. der Bewerbergemeinschaft anhand der in der Bekanntmachung genannten Eignungsanforderungen, 3) Auswahl der Bewerber, die die Eignungskriterien am besten erfüllen: Der Auftraggeber wird zur Abgabe eines Angebotes die Bewerber bzw. Bewerbergemeinschaften auffordern, die die Eignungsanforderungen am besten erfüllen (Ranking). Er behält sich vor, nur die 3 besten Bewerber aufzufordern, auch wenn mehr Bewerber die Eignungsanforderungen erfüllen. Bei Ermittlung des Rankings wird der Auftraggeber wie folgt vorgehen: Bei Ermittlung des Rankings wird der Auftraggeber insbesondere die von den Bewerbern genannten Referenzen und deren Vergleichbarkeit mit dem vorliegenden Beschaffungsvorhaben berücksichtigen. Maßgeblich sind die unter Ziffer 5.1.9 genannten Angaben und Nachweise. Die Bewertung erfolgt in einem relativen Vergleich der Bewerber miteinander. Hierbei handelt es sich um Auswahl-, nicht um Zuschlagskriterien. Bewerber werden gebeten, Rückfragen zum Teilnahmeantrag ausschließlich über die in Ziffer 5.1.11 genannte Website einzureichen. Der Auftraggeber wird alle Fragen und Antworten auf der in Ziffer 5.1.11 genannten Website anonymisiert zur Verfügung stellen. Bewerbungen für Teilleistungen sind nicht möglich. Fragen können bis 7 Kalendertage vor Ablauf der Teilnahmefrist gestellt werden.

Rechtsgrundlage:

Richtlinie 2014/24/EU

vob-a-eu -

2.1.6. Ausschlussgründe

Der Zahlungsunfähigkeit vergleichbare Lage gemäß nationaler Rechtsvorschriften: Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB

Konkurs: Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB

Korruption: Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB

Vergleichsverfahren: Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB

Beteiligung an einer kriminellen Vereinigung: Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB

Vereinbarungen mit anderen Wirtschaftsteilnehmern zur Verzerrung des Wettbewerbs:

Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB

Verstoß gegen umweltrechtliche Verpflichtungen: Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB

Geldwäsche oder Terrorismusfinanzierung: Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB

Betrugsbekämpfung: Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB

Kinderarbeit und andere Formen des Menschenhandels: Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB

Zahlungsunfähigkeit: Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB

Verstoß gegen arbeitsrechtliche Verpflichtungen: Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB

Verwaltung der Vermögenswerte durch einen Insolvenzverwalter: Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB

Falsche Angaben, verweigerte Informationen, die nicht in der Lage sind, die erforderlichen Unterlagen vorzulegen, und haben vertrauliche Informationen über dieses Verfahren erhalten.:

Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB

Interessenkonflikt aufgrund seiner Teilnahme an dem Vergabeverfahren: Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB

Direkte oder indirekte Beteiligung an der Vorbereitung des Vergabeverfahrens: Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB
Schwere Verfehlung im Rahmen der beruflichen Tätigkeit: Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB
Vorzeitige Beendigung, Schadensersatz oder andere vergleichbare Sanktionen: Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB
Verstoß gegen sozialrechtliche Verpflichtungen: Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB
Zahlung der Sozialversicherungsbeiträge: Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB
Einstellung der gewerblichen Tätigkeit: Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB
Entrichtung von Steuern: Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB
Terroristische Straftaten oder Straftaten im Zusammenhang mit terroristischen Aktivitäten: Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB

5. Los

5.1. Los: LOT-0001

Titel: Generalunternehmerleistungen (Planung ab LPH 5 HOAI und Bau) für den Neubau der Theodor-König-Gesamtschule (TKG), Heinrich-Heine-Gesamtschule (HHG), Gottfried-Wilhelm-Leibniz Gesamtschule (GWL)

Beschreibung: Der Auftraggeber beabsichtigt, Generalunternehmerleistungen für den Erweiterungsneubau der Theodor-König-Gesamtschule, 2 Erweiterungsneubauten der Gottfried-Wilhelm-Leibniz-Gesamtschule sowie einen Erweiterungsneubau der Heinrich-Heine-Gesamtschule in Duisburg zu vergeben. Der zu vergebende Auftrag betrifft jeweils die Ausführungsplanung (LPH 5 HOAI) sowie die schlüsselfertige und betriebsbereite Errichtung der Erweiterungsneubauten. Der Auftraggeber hat jeweils die Planungen der LPH 1-4 HOAI, die funktionale Leistungsbeschreibung sowie Leitdetails von einem Generalplaner erstellen lassen. Alle Gebäude sind als Stahlbeton-Skelettkonstruktion aus Stützen, Unterzügen und Betondecken mit wenigen, tragenden und aussteifenden Kernwänden geplant. Die Erweiterungsneubauten sollen eine extensive Dachbegrünung und eine PV-Anlage erhalten. Die Neubauten sind in der bauphysikalischen Qualität nach GEG und den erhöhten Anforderungen nach EG 40 geplant. Zusätzlich sollen die Gebäude eine vollflächige, mechanische Belüftung mit hoch effizienter Wärmerückgewinnung erhalten. Die Beheizung erfolgt größtenteils zentral über eine flächendeckende Fußbodenheizung. Einzelne Räume werden durch Heizkörper beheizt. Zusätzlich gelten insbesondere folgende wesentliche Besonderheiten für den jeweiligen Auftrag: Theodor-König-Gesamtschule: - BGF: Schulgebäude ca. 4.430 m², zzgl. ca. 150 m² für die Schulhofüberdachung. - Die wesentlichen Abbruchmaßnahmen für die Neuerrichtung erfolgen vorab durch den AG. - Der Neubau ist teilunterkellert. - Die Gründung des Schulgebäudes ist auf Streifenfundamenten geplant. - Das Vordach ist freistehend. Gottfried-Wilhelm-Leibniz-Gesamtschule: - BGF: Verwaltungsgebäude ca. 1.030 m², Clusterneubau ca. 5.660 m². - Die Gründung des Schulgebäudes ist auf Streifenfundamenten geplant. - Der Neubau des Clustergebäudes ist teilunterkellert, der Neubau der Verwaltung hat keinen Keller. - Die Wärmeversorgung erfolgt beim Clusterneubau über Luftwärmepumpen, beim Verwaltungsneubau wird an die vorhandene Fernwärmezentrale angeschlossen. Heinrich-Heine-Gesamtschule: - BGF: Schulgebäude ca. 5.410 m². - Alle wesentlichen Abbruchmaßnahmen auf dem Grundstück wurden durchgeführt. - Die Gründung des Schulgebäudes ist auf Streifenfundamenten und

Brunnenringen geplant. - Der Neubau ist teilunterkellert. - Die Wärmeversorgung erfolgt über Luftwärmepumpen. Die Bauanträge wurden im Mai 2024 eingereicht. Die Genehmigung wird nach derzeitiger Planung spätestens im November 2024 erwartet. Die Ausführung soll zwischen dem 1. Quartal 2025 und dem 4. Quartal 2026 erfolgen. Die Leistungen werden zu einem Pauschalpreis vergeben. Nähere Informationen zum Bauvorhaben können den beigefügten Projektbeschreibungen entnommen werden. Der Auftraggeber legt besonderen Wert auf eine partnerschaftliche Zusammenarbeit, sowohl mit den Bietern im Verfahren als auch mit dem späteren Auftragnehmer. Im Verfahren gibt der Auftraggeber den Bietern deswegen die Möglichkeit, das Verfahren durch Optimierungsvorschläge zum Vertragsentwurf sowie den weiteren Vergabeunterlagen aktiv mitzugestalten. Der Auftraggeber wird die Optimierungsvorschläge und insbesondere den zu schließenden Vertrag mit den Bietern ausführlich verhandeln. Ausdrückliches Ziel ist es eine für beide Seiten angemessene und insgesamt ausgewogene Risikoverteilung zu erreichen. Der Auftraggeber zeichnet sich durch kurze Entscheidungswege und schnelle Reaktionszeiten aus. Bieterfragen werden zügig beantwortet. Der Auftraggeber bündelt die Nutzeranforderungen und ist für den Auftragnehmer der alleinige Ansprechpartner. Auch während der Bauphase setzt der Auftraggeber auf offene Kommunikation, schnelle Rückmeldungen und kurze Entscheidungswege im Interesse einer zielgerichteten und partnerschaftlichen Zusammenarbeit.

Interne Kennung: TKG/HHG/GWL_GU

5.1.1. Zweck

Art des Auftrags: Bauleistungen

Haupteinstufung (cpv): 45214200 Bauarbeiten für Schulgebäude

Zusätzliche Einstufung (cpv): 71240000 Dienstleistungen von Architektur- und Ingenieurbüros sowie planungsbezogene Leistungen, 45210000 Bauleistungen im Hochbau, 45212225 Bau von Sporthallen

Optionen:

Beschreibung der Optionen: Es sind auch Wartungsleistungen anzubieten. Der Auftraggeber darf die Wartungsleistungen bis zur Abnahme der Leistungen beauftragen. Art und Umfang der Beauftragung von Wartungsleistungen sind Gegenstand der Verhandlungen. Der Auftraggeber behält sich vor, die Wartungsleistungen nicht oder lediglich teilweise zu beauftragen. Der Auftraggeber behält sich vor, den Auftragnehmer mit Umbauten des Bestands zu beauftragen. Der Umfang und die Vergütung (etwa Cost plus Fee) dieser Leistungen sind Gegenstand der Verhandlungen.

5.1.2. Erfüllungsort

Stadt: Duisburg

Land, Gliederung (NUTS): Duisburg, Kreisfreie Stadt (DEA12)

Land: Deutschland

Ort im betreffenden Land

5.1.3. Geschätzte Dauer

Datum des Beginns: 01/11/2024

Enddatum der Laufzeit: 30/06/2027

5.1.4. Verlängerung

Maximale Verlängerungen: 1

Weitere Informationen zur Verlängerung: Beginn und Ende des Auftrags hängen vom Zeitpunkt der Beauftragung und dem tatsächlichen Bau-verlauf ab. Derzeit ist eine Beauftragung im Dezember 2024 geplant mit einer Fertigstellung bis Dezember 2026.

5.1.6. Allgemeine Informationen

Auftragsvergabeprojekt nicht aus EU-Mitteln finanziert

Die Beschaffung fällt unter das Übereinkommen über das öffentliche Beschaffungswesen: ja

Diese Auftragsvergabe ist auch für kleine und mittlere Unternehmen (KMU) geeignet: nein

Zusätzliche Informationen: 1. Ausreichend ist die Abgabe des Teilnahmeantrages in Textform (§ 126b BGB) über das in Ziffer 5.1.11 genannte Vergabeportal. Nähere Informationen stehen auf der Startseite des in Ziffer 5.1.11 genannten Vergabeportals zur Verfügung. Zur

Formwahrung muss die Teilnahmeerklärung die Firma des Bewerbers/ des bevollmächtigten Bewerbergemeinschaftsmitglieds ausweisen. Eine Unterschrift oder Signatur ist nicht

erforderlich. Bewerber werden gebeten, im Teilnahmeantrag einen Ansprechpartner mit

Namen, Adresse, E-Mail, Telefon- und Faxnummer zu benennen. Die gesamte

Kommunikation zwischen Auftraggeber und Bewerbern findet ausschließlich über das in Ziffer 5.1.11 genannte Vergabeportal statt. Der Auftraggeber wird alle Fragen und Antworten auf

dem in Ziffer 5.1.11 genannten Vergabeportal anonymisiert zur Verfügung stellen. 2.

Mehrfachbewerbungen, als Einzelbewerber sowie als Mitglied einer/mehrerer

Bewerbergemeinschaften (BG) sind nicht zulässig. Soweit mehrere Unternehmen iRd Vergabe

miteinander kooperieren (z. B. über ein gemeinsames Tochterunternehmen, als

Nachunternehmer oder im Rahmen einer BG), behält sich der Auftraggeber vor, Nachweise

dafür zu fordern, dass die Kooperation als Ganzes sowie die Teilnahme der einzelnen

Unternehmen an der Kooperation zulässig ist, insbesondere keine unzulässige

wettbewerbsbeschränkende Abrede getroffen wurde. Für jeden Teilnehmer der Kooperation

wäre dann zu begründen, inwieweit sein Entschluss zur Teilnahme an der Kooperation eine im

Rahmen von zweckmäßigen und kaufmännisch vernünftigen Handelns liegende Entscheidung

ist, z. B. weil der jeweilige Teilnehmer zur Zeit der Bildung der Kooperation überhaupt nicht

oder jedenfalls zu dieser Zeit nicht über die erforderliche Kapazität zur Durchführung des hier

ausgeschriebenen Auftrages verfügt oder aus anderen Gründen erst die Kooperation den

jeweiligen Teilnehmer in die Lage versetzt, ein erfolgversprechendes Angebot abzugeben. 3.

Die Bildung von BG ist bis zur Abgabe des Teilnahmeantrages möglich. Die Angaben zur

Zusammensetzung der BG sind grundsätzlich bindend. Ein Austausch einzelner Mitglieder der

BG vor Auftragsvergabe bedarf der Zustimmung des Auftraggebers. Die Abgabe von

Angeboten durch BG ist nur bei gesamtschuldnerischer Haftung mit bevollmächtigtem

Vertreter möglich. Bei der Eignungsprüfung wird die BG als Ganzes beurteilt. 4. Der

Auftraggeber wird die von dem Bewerber übermittelten Informationen vertraulich behandeln

und die anwendbaren Vorschriften zum Datenschutzrecht beachten. Dies gilt insbesondere für

personenbezogene Informationen, die im Zusammenhang mit der Angabe von Referenzen an

den Auftraggeber weitergegeben werden. 5. Verfahrensablauf: Anhand der im

Teilnahmewettbewerb eingereichten Unterlagen und den dort festgelegten Auswahlkriterien

wählt der Auftraggeber die aus seiner Sicht geeigneten Bewerber aus und fordert diese zur

Abgabe eines ersten, unverbindlichen indikativen Angebotes auf. Gegenstand der

Angebotsaufforderung ist neben der technischen Leistungsbeschreibung ein erster

ausformulierter Entwurf des mit dem obsiegenden Bieter zu schließenden

Generalunternehmervertrages. Die Bieter haben die Möglichkeit, die Vergabeunterlagen durch

die Angabe von Optimierungsvorschlägen mitzugestalten. Im Anschluss an die Prüfung der

indikativen Angebote führt der Auftraggeber Verhandlungsgespräche mit den ausgewählten

Bieter durch. Ziel ist es, die Anforderungen an die Bauleistungen sowie den zu schließenden

Vertrag mit allen Bietern zu verhandeln, so dass am Ende vergleichbare Angebote zu

erwarten sind. Nach Abschluss der Verhandlungsgespräche übersendet der Auftraggeber den

Bieter die abschließenden Vergabeunterlagen. Auf dieser Grundlage fordert er die Bieter zur

Abgabe letztverbindlicher Angebote auf. Den Bietern wird im Vorfeld mitgeteilt, welche

Vorgaben zu beachten sind. Der Auftraggeber prüft und bewertet die letztverbindlichen

Angebote nach Maßgabe der mitgeteilten Zuschlagskriterien. 6. Bewerber sollten die auf der

in Ziff. 5.1.11 genannten Website hinterlegten Vordrucke für ihre nach der Bekanntmachung erforderlichen Eigenerklärungen verwenden. Der Auftraggeber behält sich vor, fehlende Unterlagen gemäß § 16a EU Abs. 3 VOB/A nachzufordern. Auf die Nachforderung besteht abweichend von § 16a EU Abs. 1 VOB/A kein Rechtsanspruch.

5.1.7. Strategische Auftragsvergabe

Ziel der strategischen Auftragsvergabe: Keine strategische Beschaffung

5.1.9. Eignungskriterien

Kriterium:

Art: Eignung zur Berufsausübung

Bezeichnung: Befähigung zur Berufsausübung einschließlich Auflagen hinsichtlich der Eintragung in einem Berufs- oder Handelsregister

Beschreibung des Eignungskriteriums: Mit dem Teilnahmeantrag sollen die Bewerber möglichst folgende Unterlagen vorlegen (bei Bewerbungsgemeinschaften von jedem Mitglied).

Um formale Fehler zu vermeiden, wird die Nutzung der vom AG zur Verfügung gestellten Formblätter empfohlen. a) Formlose Eigenerklärung, aus der hervorgeht, dass: - keine Ausschlussgründe im Sinne des §§ 6e EU VOB/A vorliegen bzw. erfolgreiche Selbstreinigungsmassnahmen im Sinne von § 6f EU VOB/A durchgeführt worden sind; - der Bewerber in das einschlägige Berufsregister (Handelsregister oder Handwerksrolle) oder ein vergleichbares Register (Standeskammern etc.) des Herkunftslandes eingetragen ist sowie für seine Betriebshaftpflichtversicherung, seine Krankenkasse(n) und seine Berufsgenossenschaft rückstandslos Beiträge entrichtet hat sowie seinen steuerlichen Verpflichtungen nachgekommen ist. b) Bewerbungsgemeinschaften sollen zusätzlich eine Erklärung abgeben, aus der hervorgeht, dass kein Verstoß gegen das Kartellrecht vorliegt, und dass keine unzulässigen wettbewerbsbeschränkenden Absprachen getroffen wurden. c) Eigenerklärung Russland-Sanktionen (nach Artikel 5 k) Absatz 1 der Verordnung (EU) Nr. 833 /2014 in der Fassung des Art. 1 Ziff. 20 der Verordnung (EU) 2023/2878 des Rates vom 18. Dezember 2023 über restriktive Maßnahmen angesichts der Handlungen Russlands, die die Lage in der Ukraine destabilisieren. Der Auftraggeber behält sich vor, fehlende Unterlagen gemäß § 16a EU Abs. 3 VOB/A nachzufordern. Auf die Nachforderung besteht abweichend von § 16a EU Abs. 1 VOB/A kein Rechtsanspruch. Bewerber sollten die auf der in Ziffer 5.1.11 genannten Website hinterlegten Vordrucke verwenden.

Kriterium:

Art: Wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit

Bezeichnung: Wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit

Beschreibung des Eignungskriteriums: Mit dem Teilnahmeantrag sollen die Bewerber möglichst folgende Unterlagen vorlegen (bei Bietergemeinschaften von jedem Mitglied). Um formale Fehler zu vermeiden, wird die Nutzung der vom AG zur Verfügung gestellten Formblätter empfohlen: a) Angabe der Gesamtumsätze sowie Angabe der Umsätze mit Leistungen, die mit dem vorliegenden Auftragsgegenstand vergleichbar sind (schlüsselfertige Errichtung von Schulen sowie vergleichbaren (Bildungs-)Einrichtungen als Total- und/oder Generalunternehmer (Bau möglichst inkl. Ausführungsplanung)), jeweils der letzten bis zu 5 abgeschlossenen Geschäftsjahre; Bewerbungsgemeinschaften werden als Ganzes betrachtet. b) Bestätigung, dass der Bewerber eine Betriebshaftpflichtversicherung mit einer Deckungssumme von mindestens 5 Mio. EUR für Personenschäden und von mindestens 1 Mio. EUR für Sach- und Vermögensschäden, jeweils pro Schadensfall, 2-fach maximiert, unterhält, bzw. im Auftragsfall abschließt. Der Auftraggeber behält sich vor, fehlende Unterlagen gemäß § 16a EU Abs. 3 VOB/A nachzufordern. Auf die Nachforderung besteht

abweichend von § 16a EU Abs. 1 VOB/A kein Rechtsanspruch. Für den Fall, dass ein Bewerber einzelne Unternehmen als Nachunternehmer einsetzen möchte, wird auf die Möglichkeit der Eignungsleihe und die in § 6d EU VOB/A genannten Voraussetzungen hingewiesen. Wenn und soweit sich der Bieter auf die Eignung des Nachunternehmers beruft, sind mit dem Teilnahmeantrag insbesondere eine Verpflichtungserklärung des Nachunternehmers, dass dieser seine Ressourcen und Kapazitäten dem Bewerber im Auftragsfall zur Verfügung stellt, sowie die erforderlichen Referenzen und/oder Nachweise des Nachunternehmers einzureichen. Bewerber sollten die auf der in Ziffer 5.1.11 genannten Website hinterlegten Vordrucke verwenden. Bewerbergemeinschaften werden bei der Eignungsprüfung als Ganzes betrachtet.

Kriterium:

Art: Technische und berufliche Leistungsfähigkeit

Bezeichnung: Technische und berufliche Leistungsfähigkeit

Beschreibung des Eignungskriteriums: Mit dem Teilnahmeantrag sollen die Bewerber möglichst folgende Unterlagen vorlegen (bei Bewerbergemeinschaft von mindestens einem Mitglied). Um formale Fehler zu vermeiden, wird die Nutzung der vom AG zur Verfügung gestellten Formblätter empfohlen: a) Referenzen über ausgeführte Projekte der letzten bis zu 5 Jahre, die mit dem vorliegenden Auftragsgegenstand vergleichbar sind, bei denen der Bewerber als direkter Vertragspartner des jeweiligen Auftraggebers - ggf. gemeinsam mit weiteren Unternehmen in einer Arbeitsgemeinschaft - tätig war, mit Angaben 1. zum Jahr der Bauausführung (laufende Ausführung oder Fertigstellung), 2. zur Art des Bauwerks (Nutzungsart), 3. zu den konkret vom Bewerber erbrachten Leistungen, 4. zur Größe des Bauwerks (BGF), 5. zum Auftragswert (nur Bauleistungen in Euro brutto; Baukosten KG 200, 300, 400, 500). Daraus sollte sich ergeben, dass mind. zwei vergleichbare Referenzprojekte mit einem Auftragswert von jeweils mind. 30 Mio. EUR erbracht wurden. Vergleichbar sind Referenzprojekte zur schlüsselfertigen Errichtung von Schulen sowie vergleichbaren (Bildungs-)Einrichtungen als Total- und/oder Generalunternehmer (Bau möglichst inkl. Ausführungsplanung). Bewerbergemeinschaften werden als Ganzes betrachtet. Sofern erforderlich, um einen ausreichenden Wettbewerb sicherzustellen, wird der Auftraggeber auch einschlägige Bauleistungen berücksichtigen, die mehr als 5 Jahre zurückliegen. b) Formlose Eigenerklärung, in der der Bewerber / die Bewerbergemeinschaft erklärt, ob und welche Leistungsbereiche er/sie im Auftragsfall mithilfe von Nachunternehmern erbringen wird. Der Auftraggeber behält sich vor, fehlende Unterlagen gemäß § 16a EU Abs. 3 VOB/A nachzufordern. Auf die Nachforderung besteht abweichend von § 16a EU Abs. 1 VOB/A kein Rechtsanspruch. Für den Fall, dass ein Bewerber einzelne Unternehmen als Nachunternehmer einsetzen möchte, wird auf die Möglichkeit der Eignungsleihe und die in § 6d EU VOB/A genannten Voraussetzungen hingewiesen. Wenn und soweit sich der Bewerber auf die Eignung des Nachunternehmers beruft, sind mit dem Teilnahmeantrag insbesondere eine Verpflichtungserklärung des Nachunternehmers, dass dieser seine Ressourcen und Kapazitäten dem Bewerber im Auftragsfall zur Verfügung stellt, sowie die erforderlichen Referenzen und/oder Nachweise des Nachunternehmers einzureichen. Bewerber sollten die auf der in Ziffer 5.1.11 genannten Website hinterlegten Vordrucke verwenden. Bewerbergemeinschaften werden bei der Eignungsprüfung als Ganzes betrachtet.

5.1.10. Zuschlagskriterien

Kriterium:

Art: Qualität

Bezeichnung: Qualifikation, Rollenverständnis & Verfügbarkeit der Schlüsselpersonen (Gesamtprojektleiter als Koordinator für Planung und Bau sowie sein Stellvertreter)

Beschreibung: vorläufiges Kriterium (auch bezüglich Gewichtung) Details werden nach Teilnahmewettbewerb bekanntgegeben.

Kategorie des Gewicht-Zuschlagskriteriums: Gewichtung (Prozentanteil, genau)

Zuschlagskriterium — Zahl: 10

Kriterium:

Art: Qualität

Bezeichnung: Qualität des Abwicklungskonzepts

Beschreibung: Qualität des Abwicklungskonzepts (insb. Wahrnehmung der eigenen Koordinierungs- und Qualitätssicherungsverpflichtung, Sicherstellung der Verträglichkeit mit dem laufenden Schulbetrieb, Planungs- und Bauorganisation [u.a. Baustelleneinrichtung / -logistik, Umweltschutz, Minimierung von Lärm- und Staubbelaftung] sowie Bauablauf- und -zeitenplan, Wartungskonzept) - vorläufiges Kriterium (auch bezüglich Gewichtung) Details werden nach Teilnahmewettbewerb bekanntgegeben.

Kategorie des Gewicht-Zuschlagskriteriums: Gewichtung (Prozentanteil, genau)

Zuschlagskriterium — Zahl: 10

Kriterium:

Art: Preis

Bezeichnung: Preis

Beschreibung: vorläufiges Kriterium (auch bezüglich Gewichtung) Details werden nach Teilnahmewettbewerb bekanntgegeben.

Kategorie des Gewicht-Zuschlagskriteriums: Gewichtung (Prozentanteil, genau)

Zuschlagskriterium — Zahl: 80

5.1.11. Auftragsunterlagen

Sprachen, in denen die Auftragsunterlagen offiziell verfügbar sind: Deutsch

Internetadresse der Auftragsunterlagen: <https://www.dtv.de/Satellite/notice/CXP4YVCHSNY/documents>

Ad-hoc-Kommunikationskanal:

URL: <https://www.dtv.de/Satellite/notice/CXP4YVCHSNY>

5.1.12. Bedingungen für die Auftragsvergabe

Bedingungen für die Einreichung:

Elektronische Einreichung: Erforderlich

Adresse für die Einreichung: <https://www.dtv.de/Satellite/notice/CXP4YVCHSNY>

Sprachen, in denen Angebote oder Teilnahmeanträge eingereicht werden können: Deutsch

Elektronischer Katalog: Nicht zulässig

Varianten: Nicht zulässig

Die Bieter können mehrere Angebote einreichen: Nicht zulässig

Frist für den Eingang der Teilnahmeanträge: 15/07/2024 12:00:00 (UTC+02:00)

Osteuropäische Zeit, Mitteleuropäische Sommerzeit

Informationen, die nach Ablauf der Einreichungsfrist ergänzt werden können:

Nach Ermessen des Käufers können einige fehlenden Bieterunterlagen nach Fristablauf nachgereicht werden.

Zusätzliche Informationen: Der Auftraggeber behält sich vor, Unterlagen im Rahmen des § 16a EU Abs. 3 VOB/A nachzufordern. Hierauf besteht kein Rechtsanspruch.

Auftragsbedingungen:

Die Auftragsausführung muss im Rahmen von Programmen für geschützte

Beschäftigungsverhältnisse erfolgen: Nein

Bedingungen für die Ausführung des Auftrags: Die Bedingungen für die Ausführung des Auftrags ergeben sich aus der Bekanntmachung und den Vergabeunterlagen.

Elektronische Rechnungsstellung: Erforderlich
Aufträge werden elektronisch erteilt: nein
Zahlungen werden elektronisch geleistet: nein

5.1.15. Techniken

Rahmenvereinbarung:

Keine Rahmenvereinbarung

Informationen über das dynamische Beschaffungssystem:

Kein dynamisches Beschaffungssystem

5.1.16. Weitere Informationen, Schlichtung und Nachprüfung

Überprüfungsstelle: Vergabekammer Rheinland mit Sitz bei der Bezirksregierung Köln

Informationen über die Überprüfungsfristen: Das Verfahren für Verstöße gegen diese Vergabe richtet sich nach den Vorschriften der §§ 160 ff. des Gesetzes gegen

Wettbewerbsbeschränkungen (GWB). Zur Wahrung der Fristen wird auf die §§ 160 ff. GWB verwiesen. Insbesondere weisen wir darauf hin, dass der Nachprüfungsantrag gemäß § 160 Abs. 3 Satz 1 Nr. 4 GWB spätestens 15 Kalendertage nach Eingang der Mitteilung des Auftraggebers, einer Rüge nicht abhelfen zu wollen, zu stellen ist. Vergabeverstöße sind nach § 160 Abs. 3 Satz 1 Nr. 1 GWB vor Einreichen des Nachprüfungsantrags innerhalb von 10 Kalendertagen, nachdem der Bieter den Verstoß erkannt hat, beim Auftraggeber zu rügen. Vergabeverstöße, die aufgrund der Bekanntmachung erkennbar sind, sind darüber hinaus gemäß § 160 Abs. 3 Satz 1 Nr. 2 GWB spätestens bis zum Ablauf der Teilnahmefrist nach Ziffer 5.1.12) bei dem Auftraggeber zu rügen.

Organisation, die zusätzliche Informationen über das Vergabeverfahren bereitstellt: SD Schulbaugesellschaft Duisburg mbH

TED eSender: Datenservice Öffentlicher Einkauf (in Verantwortung des Beschaffungsamts des BMI)

8. Organisationen

8.1. ORG-0001

Offizielle Bezeichnung: SD Schulbaugesellschaft Duisburg mbH

Registrierungsnummer: DE334119696

Postanschrift: Philosophenweg 23-25

Stadt: Duisburg

Postleitzahl: 47051

Land, Gliederung (NUTS): Duisburg, Kreisfreie Stadt (DEA12)

Land: Deutschland

Kontaktperson: SD Schulbaugesellschaft Duisburg mbH, Zu Händen von: Herrn Robin Eckardt / Barbara Grädig

E-Mail: info@sd-duisburg.de

Telefon: 02039287700

Rollen dieser Organisation:

Beschaffer

Organisation, die zusätzliche Informationen über das Vergabeverfahren bereitstellt

8.1. ORG-0002

Offizielle Bezeichnung: Vergabekammer Rheinland mit Sitz bei der Bezirksregierung Köln

Registrierungsnummer: DE812110859

Postanschrift: Zeughausstraße 2-10

Stadt: Köln

Postleitzahl: 50933
Land, Gliederung (NUTS): Köln, Kreisfreie Stadt (DEA23)
Land: Deutschland
E-Mail: VKRheinland@bezreg-koeln.nrw.de
Telefon: +49 2211473045
Fax: +49 2211472889

Rollen dieser Organisation:

Überprüfungsstelle

8.1. ORG-0003

Offizielle Bezeichnung: Datenservice Öffentlicher Einkauf (in Verantwortung des Beschaffungsamts des BMI)

Registrierungsnummer: 0204:994-DOEVD-83

Stadt: Bonn

Postleitzahl: 53119

Land, Gliederung (NUTS): Bonn, Kreisfreie Stadt (DEA22)

Land: Deutschland

E-Mail: noreply.esender_hub@bescha.bund.de

Telefon: +49228996100

Rollen dieser Organisation:

TED eSender

Informationen zur Bekanntmachung

Kennung/Fassung der Bekanntmachung: 5a0a10c0-d698-4333-8621-cde40415ec4b - 01

Formulartyp: Wettbewerb

Art der Bekanntmachung: Auftrags- oder Konzessionsbekanntmachung – Standardregelung

Unterart der Bekanntmachung: 16

Datum der Übermittlung der Bekanntmachung: 12/06/2024 16:13:35 (UTC+02:00)

Osteuropäische Zeit, Mitteleuropäische Sommerzeit

Sprachen, in denen diese Bekanntmachung offiziell verfügbar ist: Deutsch

Veröffentlichungsnummer der Bekanntmachung: 351858-2024

ABl. S – Nummer der Ausgabe: 115/2024

Datum der Veröffentlichung: 14/06/2024